

**Interpellation SP-Fraktion:****«Zwangsarbeit über fürsorgerische Zwangsmassnahmen ermöglicht: Ist der Kanton zur Aufarbeitung bereit?»**

Die Antwort der Regierung auf die Interpellation 51.22.01 «Zwangsarbeit in der Spinnerei Dietfurt: Aufarbeitung dringend gefordert» macht deutlich, dass das Departement des Innern und das Staatsarchiv in den vergangenen Jahren bereits viel geleistet haben zur Aufarbeitung des Schicksals der Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Wie aber die Regierung ausführt, ist das Zusammenspiel zwischen Zwangsversorgung und externer Zwangsbeschäftigung in der Privatwirtschaft nicht im Detail bekannt. Es bestehe durchaus das Bedürfnis an weiteren historischen Erkenntnissen.

Am 10. Mai 2022 ist in der Zeitschrift «Beobachter» ein weiterer Artikel erschienen, der die Situation junger Frauen, die in der Ostschweiz Zwangsarbeit für Industriebetriebe leisten mussten, beleuchtet. In diesem kommt der Zürcher Alt-Regierungsrat Markus Notter, Präsident der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgung des Bundes, zu Wort. Eine Aufarbeitung der Geschichte der Fabrikheime durch die entsprechenden Kantone sei mehr als wünschbar. «Sie stehen da auch in der Pflicht», so Markus Notter gegenüber dem Beobachter.

Bei einer solchen Aufarbeitung muss es einerseits um die Rolle des Kantons und der Gemeinden, aber auch um die Rolle der Wirtschaft gehen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Frage:

Ist die Regierung bereit, einen Auftrag zur Aufarbeitung des Zusammenspiels zwischen administrativen Zwangsmassnahmen/Zwangsversorgungen und Zwangsarbeit im Kanton St.Gallen zu erteilen?»

15. Juni 2022

SP-Fraktion